Namslauer Stadtblatt.

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

53. Jahrgang. **Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden** Fernsprecher 98.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1,35 Goldmark. Bestellgelder nur für den Kalendermonat. Offerten- und Auskunftsgebühr 10 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig für Auswärtige 25 Goldpfennig im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm. am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. Für Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

Nr. 183. | Verantwortlich für Schriftleitung: Franz Otto, Namslau. | Freitag, den 7. August | Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. | **1925.**

Der Bund der Kleinlandwirte als Bund der Bauernfeinde.

Der Bund der Kleinlandwirte von Mecklenburg-Strelitz hat sich (vgl. „Landeszeitung" Nr. 162) der Oeffentlichkeit durch eine Entschließung in Erinnerung gerufen und darin unter Angriffen auf den Reichs-Landbund **vollen Freihandel** proklamiert. Nur Schutzzölle auf einzelne (!) Luxuswaren sollen zulässig sein.

Es bedarf nicht der Hervorhebung, daß ein derartiges **Freihandelsprogramm** bei der gegenwärtigen parteipolitischen Mächtegruppierung völlig **aussichtslos** ist. Der einzige Vertreter des Bundes der Kleinlandwirte im Landtage von Mecklenburg-Strelitz gehört der kommunistischen Fraktion als Hospitant an. Die deutschen Kommunisten sind, solange sie im Landtag und im Reichstag in verschwindender **Minderheit** sind, Lobredner des Freihandels, während da, wo sie die Macht in Händen haben, wie in Sowjetrußland, durch das staatliche Handelsmonopol der Schutzzoll bis zum Prohibitivzoll gesteigert worden ist. Selbst die Sozialdemokraten lehnen es neuerdings ab, sich einen radikalen Freihandel zu eigen zu machen.

Die parteipolitische Mächtegruppierung ist aber nicht das Maßgebende. Entscheidend ist die Erwägung, was aus dem Deutschen Reich würde, wenn es im Sinne des Bundes der Kleinlandwirte auf den Schutz der nationalen Arbeit verzichten wollte. Nach der Entschließung des Bundes der Kleinlandwirte ist angeblich zu befürchten, daß die übrigen Völker die deutschen Schutzzölle zum Vorwand nehmen, um sich auch ihrerseits durch hohe Zollmauern abzusperren. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Entgegen der internationalen Arbeitsteilung vor dem Kriege hat sich inzwischen die Weltwirtschaft in eine Reihe von Nationalwirtschaften umgewandelt, von denen jede einzelne zum **Ziel** hat, agrarisch **und** industriell den eigenen Bedarf zu decken und den Wettbewerb der anderen fernzuhalten. Deutschlands Zukunft ist nur gesichert, wenn es auch seinerseits in selbstverständlichem nationalen Eigennutz seiner **Industrie** und seiner **Landwirtschaft den Fortbestand auch durch zollpolitische Maßnahmen gewährleistet.** Die Industrie hat sich ihres Zollschutzes ununterbrochen zu erfreuen gehabt, er ist ihr nach dem Kriege sogar noch mehrfach erhöht worden. Wollte man den industriellen Zollschutz im Sinne des Bundes der Kleinlandwirte beseitigen, so wäre dem ausländischen Wettbewerb Tür und Tor geöffnet, zahlreiche Industriezweige würden zusammenbrechen und Millionen von Industriearbeitern würden brotlos. Einer solchen Politik kann kein Verständiger ernsthaft das Wort reden. Mit demselben Rechte aber wie die Industrie verlangt die Landwirtschaft Schutz vor dem Wettbewerb derjenigen Staaten, die aus bekannten Gründen billiger produzieren können. Auch die vom Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags durchgeführte Agrarenquete, die unter dem Vorsitz eines Sozialdemokraten tagte, hat die **Notwendigkeit des zollpolitischen Agrarschutzes anerkannt.** Die Berechtigung der deutschen Schutzpolitik kann von ernsthaft Denkenden nicht bestritten werden.

Die landwirtschaftliche Notlage wird auch vom Bund der Kleinlandwirte nicht bestritten. Mit welchen Mitteln aber glaubt er diese Not heilen zu können? Er will einerseits sämtliche, das arbeitende Volk ungerecht belastende Steuern und Abgaben beseitigt und andererseits mannigfache staatliche Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und insbesondere der Bauernwirtschaft durchgeführt wissen. Das bedeutet: Er will einerseits dem Staat nicht nur die Einnahmen aus den Zöllen, sondern auch aus beinahe allen Steuern entzogen wissen und erwartet von dem gleichen Staate, dessen Kassen er auf diese Weise nahezu geleert hat, Milliardenaufwendungen für die Landwirtschaft. Daß diese Politik nicht ernst zu nehmen ist, sollte er selbst einsehen. Der Reichs-Landbund hat drückende Abgaben, wie die Umsatzsteuer, wiederholt bekämpft. Die Notwendigkeit der Ersatzeinnahmen — die Umsatzsteuer macht nach den Vorschlägen des Reichshaushalts etwa ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtsteueraufkommens des Reiches aus — führt von selbst zur Zollpolitik; Binnenzölle wie die Umsatzsteuer können nur durch Grenzzölle ersetzt werden, dabei hätte das Ausland einen erheblichen Teil der jetzt auf dem inländischen Steuerzahler lastenden Abgaben zu übernehmen. Das ist Realpolitik, die der Allgemeinheit frommt. Der Bund der Kleinlandwirte treibt Agitationspolitik, die außer seinen Angestellten niemand Nutzen bringt.

Der Bund der Kleinlandwirte leidet, abgesehen von seiner agitatorischen Einstellung unter der Unklarheit der eigenen Gedanken. Die eine Stelle der Entschließung bedauert, daß der Kleinlandwirt nur wenig zu verkaufen hat und sogar noch zukaufen muß; die andere Stelle sucht zu behaupten, daß der Kleinlandwirt durch Schutzzölle als **Verkäufer** geschädigt werde.

In der Sprechweise der Kommunisten behauptet die Entschließung, im Reichs-Landbund führen Latifundien- und Rittergutsbesitzer und die Großbauern das Wort. Auch mit dieser Behauptung hat sich der Agitator auf Kosten der Wahrheit durchgesetzt. Der Bund der Kleinlandwirte wird zur Kenntnis zu nehmen haben: 85½ v. H. **der Mitglieder des Reichs-Landbundes sind Kleinbesitzer,** nur 12½ v. H. mittlere und nur 2 v. H. sind Großgrundbesitzer. Der Landbund ist ein ausgesprochener Bauernbund, ist überhaupt die größte bäuerliche Organisation der Welt.

Alle landwirtschaftlichen Organisationen von einiger Bedeutung sind sich über die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Schutzzollpolitik einig. In der Zeit der landwirtschaftlichen Not haben alle Bruderkämpfe zwischen den Organisationen geschwiegen. Dem Bund der Kleinbauern von Mecklenburg-Strelitz blieb es vorbehalten, der Masse der Berufsgenossen in ihrem schweren Kampfe um den Fortbestand von Scholle und Heim aus kleinlichsten und kläglichsten Agitationserwägungen heraus in den Rücken zu fallen. Der Bund der Kleinlandwirte wurde zum Bauernzersplitterungsbund. Nur Bauernfeinde können an dem Vorgehen des

Schloß Ettersrode.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

24. Fortsetzung.

Mühselig, wie unter schwerer Last, schritt die schöne Frau den Weg hinan. So schwer hatte sie das Trauerkleid und der lange Witwenschleier nie gedrückt, wie heute das Frühlingsgewand, in dem sie dem Geliebten entgegentreten wollte, und das nun schmutzig war an seinem breiten Saum von den Tränen, die sie die Nacht geweint.

Von der Burg hallte das Jauchzen einer Knabenstimme hernieder.

Die schöne Güldane hörte es wohl, aber der Klang verwehte eindruckslos an ihrem Ohr. Bis zu ihrem Herzen drang er nicht.

* * *

Da saß nun Graf Günter von Ettersrode wieder, wie einst in der Kinderzeit, in der großen gemütlichen Stube des alten Doktorhauses dem Sanitätsrat Alten gegenüber, mit dem ihn immer die herzlichste Freundschaft verbunden hatte.

„Wie ich mich freue, lieber Herr Graf," bewillkommte ihn der Sanitätsrat, ein noch fast jugendlich aussehender Fünfziger mit leicht angegrautem Bart und Haar, „daß es das Schicksal so gnädig mit Ihnen gemeint und Sie Ihrer lieben Mutter erhalten hat, kann ich Ihnen gar nicht sagen. Sie hat so schwer gelitten, als Sie damals fortgingen," setzte er etwas zögernd hinzu und sah mit seinen klaren blauen Augen seinem Besucher forschend ins Gesicht.

„Ich weiß es, Herr Sanitätsrat," unterbrach Günter den Arzt etwas hastig, und eine fliegende Röte huschte über sein Gesicht, „und glauben Sie mir — ich habe mein Fortgehen oft tief und schmerzlich bereut."

„Natürlich wollte ich nicht alte Wunden aufreißen, mein lieber junger Freund. Es ist nur, weil Ihre Erlaucht, trotzdem sie sich so prachtvoll aufrecht hält, doch völlig zusammengebrochen ist, als die Nachricht von dem Tode Ihres ältesten Bruders eintraf und sie nun alle ihre Hoffnung auf **Sie,** als den Aeltesten der Familie setzt."

„Ich danke Ihnen innigst, Herr Sanitätsrat, dafür, daß Sie meiner Mutter, wie ich gehört, in allen schweren Heimsuchungen immer treulich beistanden. Schmerzlich war es mir indes, zu hören, daß Fräulein Christa-Maria den Verkehr auf Schloß Ettersrode völlig fallen ließ."

Da war nun endlich die Frage nach Christa-Maria, von der ihr Vater noch kein Wort erwähnt, heraus.

Der Arzt lächelte fein und seine klugen Augen schweiften durch das breite Fenster der mit altväterischem Hausrat geschmückten Stube in den Garten hinab.

„Sie müssen so etwas nicht tragisch nehmen, bester Herr Graf, Christa-Maria ist noch immer so eigen, wie sie es schon als Kind war. Sie weiß, daß Gräfin Güldane ihr nicht wohl will, und darum beschränkt sich ihr Verkehr mit den Ihrigen auf die Mitglieder Ihrer Familie, die zu uns in unser schlichtes Haus kommen. Auch einfache Bürgermädchen haben ihren Stolz, Herr Graf."

„Ich habe nie an dem Stolz Christa-Marias gezweifelt, Herr Sanitätsrat," bemerkte Günter fast bitter. Der fröhliche Kinderlärm draußen im Garten tat ihm plötzlich weh.

Der Sanitätsrat bemerkte es.

„Wollt ihr wohl ruhig sein, ihr Wildfänge," rief er gutmütig vom Fenster hinaus, „man versteht hier sein eigenes Wort nicht."

Die Kinder lachten und jubelten dem Großvater entgegen und der Kleinste begann zu singen:

„Lieb Vaterland magst ruhig sein."

„Mann muß ihnen viel nachsehen," begütigte der Sanitätsrat seinen Gast, „sie haben nun keinen Vater mehr, und Hilde meint, wir müssen den Kindern Freude ins Herz pflanzen."

Günter fühlte, daß der Arzt das Gespräch von Christa-Maria ablenken wollte, und fast verwirrt fragte er:

„Ist Frau Hilde zu Hause? Ich hätte sie gern wiedergesehen."

„Ich habe ihr sagen lassen, daß Sie hier sind. Sie wird gewiß, bevor sie zum Dienst in unser Krankenhaus geht, noch einmal zu mir hereinkommen. Christa-Maria aber ist augenblicklich auf einer Harztour begriffen, von der ich sie auch jede Stunde zurückerwarte."

Günters Herz klopfte plötzlich ganz laut und seine Augen leuchteten auf.

Und dann begann er dem Sanitätsrat von seiner gestrigen Begegnung im Okertal zu erzählen und daß er Christa-Maria nicht einmal erkannt hätte.

Alten lachte hell. „Ja, sie hat sich sehr verändert, meine Jüngste," meinte er dann nachdenklich. „Aber warum haben Sie mir denn Ihren lustigen Freund nicht mitgebracht, liebster Herr Graf? Wissen Sie noch, früher als meine Frau noch lebte, da waren alle ihre Schulfreunde auch bei uns zu Hause."

Ein warmer Strahl brach aus Günters dunklen Augen.

„Ich habe nie vergessen, Herr Sanitätsrat, daß ich hier immer eine Heimat hatte. Mein Freund wird sich gewiß gern bald die Ehre geben, Ihnen einen Besuch zu machen. Heute wollte ich lieber allein bei Ihnen sein."

(Fortsetzung folgt.)

Staatliche Lotterie - Einnahme
Haesler
Ziehung 5. Klasse vom 11. bis 31. August 1925.

Zigarren-, Zigaretten-Import
Haesler
Namslau-Bernstadt.

Bundes der Kleinlandwirte Wohlgefallen haben. Damit ist der Bund der Kleinlandwirte für immer gerichtet.

In diesem Zusammenhange verdient festgestellt zu werden, daß der Schlesische Kleinbauernbund, jetzt Bauernbund, in einer Versammlung in Namslau gleichfalls durch seinen Vorsitzenden, den bekannten sozialdemokratischen Amtsvorsteher Herrmann erklären ließ, daß ein Schutzzoll keineswegs notwendig sei, „die deutsche Landwirtschaft muß mit der amerikanischen Landwirtschaft konkurrenzfähig gemacht werden".

Die Verbrauchssteuern angenommen.

Berlin, 4. August. Die Beratung der Steuereform im Reichstage geht nach wie vor äußerst schleppend vor sich. Die Hoffnung, daß die zweite Lesung des Steuerbündels heute würde zuende geführt werden können, hat sich nicht erfüllt. In den zehn Stunden, die die Sitzung heute dauerte, ließen sich nicht weniger als 28 Redner hören, fast alle von der Opposition. Wenn man bedenkt, daß kaum einer dieser Herren auf den Ruhm eines Demosthenes Anspruch erheben kann, wird man begreifen, daß der Saal bei diesen oratorischen Leistungen in der Regel fast leer war. Nur wenn die Glocke durch das Haus schrillte zum Zeichen, daß eine Abstimmung bevorstand, strömte alles herein zum gymnastischen Geschäft des Aufstehens und sich Wiedernierdersetzens, das sich bei der stattlichen Anzahl von Anträgen, die bei verschiedenen Positionen von der Opposition gestellt und von der Mehrheit regelmäßig abgelehnt wurden, mitunter vierteistündenlang in einmütigem Wechselspiel wiederholte. Damit die Sache nicht etwa zu schnell ging, gab es zur Abwechslung auch namentliche Abstimmungen, mit denen wieder viel Zeit im wahrsten Sinne des Wortes „verzettelt" wurde. Die durch das Gewitter vom Sonnabend gereinigte parlamentarische Atmosphäre blieb auch heute noch klar, von gelegentlichen kommunistischen Sauerbentönen abgesehen. Was die kommenden Tage bringen werden, besonders bei der Zollvorlage, ist ungewiß. Ein Kommunist kündete heute schon bewußte Obstruktion bei der Endabstimmung der Verbrauchssteuern an.

Angenommen wurde heute (in zweiter Lesung): die Biersteuer (Erhöhung um 33⅓ Prozent vom 1. April 1926 ab); die Tabaksteuer (Beibehaltung des bisherigen Banderole und bei Zigaretten ein Zuschlag durch Materialsteuer, deren Höhe vom Steuerausschuß festgesetzt werden soll), dazu ein von den Regierungsparteien gestellter Antrag zur Unterstützung der durch die Steuererhöhung erwerblos werdenden Tabakarbeiter. Im Komplex der Verbrauchssteuern wurden angenommen: die Weinsteuer (20 Prozent, Schaumweine 30 Prozent, beide unter Ermäßigung um ein Viertel vom 1. 8. 1925 bis 30. 9. 1927) zugleich unter Beseitigung der Steuerfreiheit der alkoholfreien Trauben- und Obstgetränke; die Zündwarensteuer (0,2—0,6 Pfg. je Schachtel, 2 Pfg. für Zündkerzen usw.); die Salzsteuer (3 Mk. je Doppelzentner Reingewicht); die Zuckersteuer (8,40 je 100 Kilogr. Stärkezucker, 21 Mk. für andern Zucker); schließlich die Spielkartensteuer. Der Gesetzentwurf über die gegenseitige Besteuerung des Reichs und der Länder wurde zwar begonnen, aber nicht zuende geführt. Morgen um 10 Uhr soll es weitergehen.

Der Aeltestenrat des Reichstages verteilte den Arbeitsstoff für den Rest des Tagesabschnitts in folgender Weise: Am Donnerstag nachmittag soll die Angelegenheit des Flüchtlingslagers in Schneidemühl besprochen werden, falls die Regierung an diesem Tage zur Beantwortung der Interpellationen bereit ist. Der Freitag soll der dritten Lesung der Steuergesetze gewidmet sein, und es wird gehofft, daß die dritte Lesung an diesem Tage durchgeführt werden kann. Sodann soll am Sonnabend die zweite Lesung der Zollvorlage in Angriff genommen werden. Bis wann aber die Zollvorlage auch in der dritten Lesung endgültig erledigt werden kann, ist ungewiß. Eine Sonntagssitzung ist bisher nicht in Aussicht genommen.

Der Ertrag der neuen Steuern.

Berlin, 4. August. Auf Grund der neuen Steuern, die der Reichstag in den nächsten Tagen bewilligen soll, belaufen sich die Gesamteinnahmen des Deutschen Reiches für das laufende Rechnungsjahr auf rund 7,705 Milliarden Mark. In diesem Betrage sind die von den Ländern und Gemeinden selbständig erhobenen Steuern nicht einbegriffen. Der ordentliche Haushalt steht aus den Besitz- und Verkehrssteuern 4,663 Milliarden Mark Einnahmen vor, darunter 1,7 Milliarden Einkommensteuer, 1,5 Milliarden Umsatzsteuer, 500 Millionen Vermögenssteuer, 300 Millionen Körperschaftssteuer und 282 Millionen Beförderungssteuer. Aus Zöllen und Verbrauchsabgaben sollen rund 1,8 Milliarden Mark aufgebracht werden, darunter aus Zöllen 365 Millionen, aus der Tabaksteuer 560 Millionen, aus der Zuckersteuer 185 Millionen, aus der Biersteuer 174 Millionen und aus dem Branntweinmonopol 150 Millionen. Im außerordentlichen Haushalt, der u. a. den Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Höhe von 145,8 Millionen und einen Ueberschuß aus dem Münzwesen mit 225 Millionen aufweist, sind rund 576,8 Millionen Mark Einnahmen eingesetzt.

Die Not der deutschen Optanten.

Die Schuldfrage.

Berlin, 4. August. Ueber die deutschen Gegenmaßnahmen gegen die Polen in der Optantenfrage verlautet, daß das preußische Innenministerium die Regierungspräsidenten, soweit preußische Gebietsteile in Frage kommen, aufgefordert hat, bis zum 7. d. M. die Listen der zwangsweise abzuschiebenden Polen bekannt zu geben. Sobald das Auswärtige Amt von gewaltsamen Abschüben deutscher Optanten in Polen Kenntnis erhält, würden gleiche Vergeltungsmaßnahmen durch Verordnung den Länderregierungen bekannt gegeben werden. Bei den deutschen Optanten, die bis zum 2. August über die Grenze gekommen sind, handelt es sich um diejenigen, denen von den Polen der Ausweisungsbefehl seinerzeit zugestellt worden ist, die aber offenbar in der Erwartung, daß sie doch noch in ihren Heimstätten würden bleiben können, mit der Abreise bis kurz vor dem Endtermin gezögert haben. Was die in Deutschland befindlichen polnischen Optanten anlangt, so wird ihre Zahl auf ungefähr 14 000 geschätzt. Ein Teil dieser polnischen Optanten hat bereits Deutschland verlassen. Im übrigen zeitigt die Optantenfrage merkwürdige Erscheinungen. Das WTB. veröffentlicht folgende halbamtliche Erklärung:

In Berichtigung vielfach irrtümlicher Pressemeldungen ist festzustellen, daß das Auswärtige Amt in der Frage der Abwanderung der deutschen Optanten aus Polen durch seine Vertretungen von vornherein, d. h. mindestens seit vier Monaten, über die Zahl der in Frage kommenden Personen unterrichtet war und durch erhebliche Verstärkung des Personals dieser Vertretungen die Einrichtung mehrerer Abwanderungsstellen empfohlen und durch entsprechende finanzielle Maßnahmen alles getan hat, um eine reibungslose Abwanderung der Optanten sicherzustellen. Alle diese Vorbereitungen erfolgten in engster Fühlungnahme mit den für die innere Verwaltung zuständigen Ressorts, die ihrerseits für Weiterleitung, Unterbringung und Arbeitsschaffung der Optanten innerhalb des Reiches zu sorgen hatten. Diese Stellen waren auch bereits seit Monaten über die Zahl der abwanderungspflichtigen Personen durch das Auswärtige Amt unterrichtet.

Damit vergleiche man nun den Bericht, den der preußische Innenminister Severing über seinen Besuch im Schneidemühler Optantenlager veröffentlicht. Darin findet sich u. a. der Satz, daß die Schuld an den wenig erfreulichen Zuständen im Schneidemühler Optantenlager nicht die deutschen Behörden treffe, weil nicht vorauszusehen gewesen sei, daß ein so starker Zustrom der Optanten nach Schneidemühl erfolgen werde, da die polnische Regierung das erforderliche Zahlenmaterial den zuständigen deutschen Stellen nicht rechtzeitig zugeleitet habe. Da die oben erwähnte Feststellung des Auswärtigen Amtes ausdrücklich hervorhebt, daß die für die innere Verwaltung zuständigen Ressorts, die für die Weiterbringung, Unterbringung und Arbeitsbeschaffung der Optanten zu sorgen hatten, über die Zahl der abwanderungspflichtigen Personen durch das Auswärtige Amt unterrichtet waren, dürfte angesichts der Vorgänge in Schneidemühl der Vorwurf nicht ungerechtfertigt sein, daß die in Frage kommende zuständige Stelle — und das ist in diesem Falle das preußische Ministerium des Innern — es an genügender Vorsorge hat fehlen lassen. Mehr als eigenartig berührt es, daß z. B. die „Vossische Zeitung" trotz alledem dem preußischen Minister des Innern Severing einen Lorbeerkranz widmet für sein „Eingreifen", dafür aber alle Schuld plötzlich dem Reichsinnenministerium zuschiebt unter besonders plumpem Angriff gegen Minister Schiele. Da von den Deutschnationalen im Reichstage eine Interpellation über die Optantenfrage eingebracht worden ist, wird sich wohl im Reichstage Gelegenheit finden, die Schuldfrage zu klären.

Die Lage in Schneidemühl.

Schneidemühl, 4. August. In einer Pressebesprechung erstattete der leitende Arzt des Optantenlagers, Medizinalrat Dr. Fehsenfeld, einen ausführlichen Bericht über die Gesundheitslage im Lager. Fälle von Ruhr, Typhus und Cholera haben sich nicht ereignet. Seuchenfälle sind nicht bekannt und auch nicht vorhanden. Drei Ruhrerkrankungen, die als solche vermutet wurden, sind vom hygienischen Institut in Landsberg als andere Erkrankungen festgestellt worden. Die Erkrankten wurden sofort in das Schneidemühler Krankenhaus übergeführt, wo einer der Fälle als schwere Darmerkrankung ermittelt wurde. Vereinzelte Kinder leiden an Keuchhusten. Ihre Zahl ist unbeträchtlich. Masern sind insgesamt nur 13 Fälle vorgekommen, was angesichts der Größe des Lagers als außerordentlich geringfügig anzusprechen ist. Die Zahl der Todesfälle beträgt acht. Sieben Todesfälle betrafen Kinder, die bereits mit schweren Masern und Darmerkrankungen hier eingetroffen sind. Gestern konnte zum ersten Male Scharlach, und zwar in zwei Fällen, festgestellt werden. Die Erkrankten wurden sofort in das Krankenhaus eingeliefert. Für größere Epidemien sind Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Die Verteilung der Kinder auf das Land ist nicht möglich, weil die Familien jeden Augenblick ihre Weiterleitung zu erwarten haben.

Der Direktor der Arbeitsvermittelungsstelle des Optantenlagers, Zirkel, erklärte u. a., untergebracht seien bisher insgesamt 5238 Flüchtlinge. Gestern seien rund 460 Personen abgefertigt worden, darunter 35 Landarbeiterfamilien, die nach Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Brandenburg befördert wurden, sowie 65 ledige Landarbeiter.

Vizepräsident Happ von der Regierung in Schneidemühl erklärte, daß die Frage des Winterlagers noch offen gelassen sei. Im Lager werde eine Rechtsauskunftsstelle eingerichtet werden. Die Zahl der Zuwandernden lasse nach. Es seien heute nur noch 142 Flüchtlinge neu eingetroffen. Für Besserung der Verpflegungsverhältnisse seien vier Feldküchen unterwegs, die stündlich erwartet werden. 900 Betten vom Polizeipräsidium in Berlin und 15000 Wolldecken von der Reichswehr Berlin seien bereits eingetroffen.

Ein Aufruf des Deutschen Handwerkerbundes.

Schneidemühl, 4. August. Unter den aus Polen ausgewiesenen Optanten befinden sich viele selbständige Handwerker. Der Deutsche Handwerkerbund hat deshalb an die Organisationen des deutschen Handwerks die dringende Bitte gerichtet, die eintreffenden Flüchtlinge zu unterstützen. Er fordert ferner die Organisationen auf, freiwillige Spenden zu sammeln, um die am meisten bedürftigen Handwerkerfamilien zu unterstützen. Die Geschäftsstellen des Deutschen Handwerkerbundes an der deutsch-polnischen Grenze sind angewiesen, mit den Führern des Handwerkerstandes das Hilfswerk zu organisieren.

Amerikanische Liebesgabenpakete.

Schneidemühl, 4. August. Der amerikanisch-deutsche Liebesgabendienst in Newyork hat dem Kommandanten des Durchgangslagers Schneidemühl. Oberst Engelin, telegraphisch mitgeteilt, daß sich in Newyork Hilfsstellen gebildet haben, die an besonders bedürftige vertriebene Optanten Liebesgabenpakete absenden wollen. Die gewünschten Adressen werden dem genannten Komitee sofort zur Verfügung gestellt werden.

Deutsche Gegenmaßnahmen.

Hamburg, 4. August. Aus Hamburg wurden 35 Familien mit rund 200 Personen, die für Polen optiert hatten, ausgewiesen. Sie haben das Staatsgebiet bereits verlassen. In Altona wurden 28 Familien mit etwa 80 Personen ausgewiesen.

München, 4. August. Im Münchener Stadtrat wurde ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, wonach bei polnischen Staatsbürgern die Begutachtung der Einbürgerung verweigert und die bayerische Regierung aufgefordert wird, polnische Staatsangehörige nicht mehr einzubürgern, sowie in Bayern lebende Polen sofort auszuweisen.

Deutschnationale Anfrage im Landtage.

Berlin, 5. August. Im Landtag hat die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei folgende große Anfrage eingebracht:

Angesichts des erschütternden Elends der aus Polen vertriebenen Optanten fragen wir das Staatsministerium:

1. Was ist geschehen, um gegenüber den seit Monaten bekannten polnischen Maßnahmen rechtzeitig ausreichende Vorsorge für die vorläufige Aufnahme und endgültige Unterbringung der deutschen Optanten zu treffen?

2. Was ist geschehen, um als Vergeltungsmaßnahme für die unerhörte Gewalttat, die unseren deutschen Stammesgenossen von Polen angetan wurde, die sofortige restlose Ausweisung aller polnischen Optanten aus Preußen und durch rechtzeitige Fühlungnahme mit den Regierungen der anderen deutschen Länder aus ganz Deutschland zu sichern?

3. Welche Maßnahme beabsichtigt das Staatsministerium weiter zu ergreifen, um die vertriebenen Optanten möglichst bald wieder dem Wirtschaftsleben der Heimat menschenwürdig und nutzbringend einzuordnen?

Die Paktaussichten.

London, 5. August. Der Pariser Korrespondent der „Times" ist noch immer optimistisch wegen der Aussichten des Paktes. Er meint, daß, wenn Briand und Chamberlain vielleicht Ende der nächsten Woche in London zusammenkommen, würde man sehen, daß ein großer Fortschritt gemacht worden sei, und daß die endgültigen Verhandlungen im Herbst in Genf erfolgreich sein würden. Auch die Schuldfrage würde in London besprochen werden, jedoch ist zu berücksichtigen, daß man jetzt bei den Verhandlungen über den Pakt auf Punkte gekommen ist, die von England nicht als nebensächlich betrachtet werden und über die man nicht schachern will. Andererseits besteht keine Ursache, denjenigen zu glauben, welche behaupten, daß Briand seinen Besuch in der Erwartung angekündigt hatte, mit offenen Armen aufgenommen zu werden. Nunmehr habe er die Antwort erhalten, daß es keinen Zweck habe, nach London zu kommen und die Dinge zu besprechen, da die Widersprüche noch immer nicht beigelegt seinen. Man kann es jedenfalls als ziemlich sicher bezeichnen, daß man in der Downingstreet von dem Besuche nicht sehr begeistert war, da jetzt niemand Lust hat, sich mit dem Pakt zu beschäftigen. Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph" wurde erklärt, man habe in Paris eingesehen, daß der Augenblick für eine Zusammenkunft schlecht gewählt sei. Der diplomatische Mitarbeiter sagt weiter, Briand komme in erster Linie nach London, um die Zustimmung für die Antwort an Deutschland zu erhalten, die ausgearbeitet wurde. Aber er halte es für dringend notwendig, von neuem mit seinem britischen Kollegen über die ganze Paktfrage, besonders über die zukünftige Form eines eventuellen Paktes, zu sprechen. Bei den Erörterungen der juristischen Berater der beiden Regierungen, die vorige Woche stattfanden, seien viele Widersprüche in ungeahnter Weise hervorgetreten. Man gebe nunmehr in Paris offen zu, daß die Auffassungen auf beiden Seiten des Kanals sehr verschieden von einander seien, und das sei der einzige Fortschritt, der gemacht worden sei. Es wird notwendig sein, sich einmal klar zu machen, wie man mit Deutschland verhandeln soll, ob es zu inoffiziellen Besprechungen oder gleich zu einer

Konferenz nach Genf kommen soll. Briand wolle auch einige Protokollfragen mit Chamberlain besprechen, und in England wünscht man, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ sagt, auch über Mossul, Tanger und China Verhandlungen.

Frankreich und der Saarstreik.

Paris, 5. August. Den in den Pariser Zeitungen ausgestreuten Verdächtigungen, daß der letzte Bergarbeiterstreik im Saargebiet nicht auf wirtschaftliche, sondern auf politische Motive zurückzuführen war, tritt heute die „Ere Nouvelle energisch entgegen. Die Saarländer seien deutsch, und die Franzosen seien dort Fremde und Feinde. Unter dem bloc national habe man Herrn Nault dem Völkerbunde als Präsidenten der Saarkommission aufgedrängt. Dieser Beamte, der die deutsche Sprache nicht kannte, habe sich im Saargebiet der schlimmsten Polizeimethoden bedient. Ohne Erfahrung und unfähig, wurde er haßerfüllt und lieferte den öffentlichen Beweis dafür durch die Quälereien, die er gelegentlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande ausübte. Die Arbeiter leiden unter der Entwertung des Papierfranken, weil sie für den Papierfranken nichts kaufen können. Der Streik hat ausschließlich wirtschaftliche Ursachen gehabt. Die französischen Metallurgen, die sich unglücklicherweise auf Geschäfte im Saargebiet einließen, wollen natürlich nicht mehr an Löhnen bezahlen, als sie in Frankreich selbst bezahlen müssen. Mit gutem Willen könnte man die ganze Streikbewegung im Saargebiet beseitigen.

Marokko.

Französische Front.

Paris, 4. August. Nach dem Bericht vom 3. d. M. haben die nördlich von Wessan durchgeführten Operationen eine merkliche Entspannung bei den Murudsch hervorgerufen. Aber auch die feindliche Besetzung des Djebel-Barsa hat gewisse Rückwirkungen verursacht. Im mittleren Grenzabschnitt sind zwei feindliche Angriffe in der Gegend von Amergu abgeschlagen worden, während die Posten von Ain Aischa und Meccia feindliche Ansammlungen beschossen haben. Der Erfolg der französischen Truppen im Gebirge Azjen übt einen günstigen Einfluß auf den ganzen Frontabschnitt von Wessan aus. Die Dissidenten, die sehr stark verschanzt lagen, hätten der Offensive der leichten Tanks nicht widerstanden und seien zurückgegangen, sobald sie sich durch französische Infanterie bedroht fühlten.

General Bruneau in Marokko.

Der Befehlshaber der 35 Division, General Bruneau, hat sich in Bordeaux nach Casablanca eingeschifft, um in Marokko ein Kommando zu übernehmen.

Spanische Front.

Fez, 4. August. (Havas.) Einem französischen Flieger ist es gelungen, von Itjidia Athucemas, dem Hauptstützpunkt Abd el Krims, aufschlußreiche photographische Aufnahmen zu machen. Aus Melilla wird gemeldet, daß ein Geschwader von etwa 50 Flugzeugen die Orte Bulher, Arriut und Amaran mit Bomben beworfen und eine Reihe von Zeltdörfern zerstört hat. An der Grenze der internationalen Tangerzone haben die Ueberwachungsstreitkräfte wiederholt feindliche Abteilungen zurückgeschlagen, welche die spanische Linie bei Zeguilda und Rogaia zu überschreiten suchten.

Madrid, 4. August. Das offizielle Communique besagt, daß infolge einer Operation der Polizeitruppe, die am 1. August im westlichen Frontabschnitt stattgefunden hat, der Feind sieben Tote und zehn Verwundete zurückgelassen hat. Unter den Toten befand sich der Kaid Juhanni el Larrah.

Die spanisch-französischen Friedensvorschläge.

Paris, 5. August. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Tetuan erfährt aus offizieller Quelle die Friedensbedingungen, die Frankreich und Spanien in Madrid ausgearbeitet haben und die Abd el Krim durch die beiden Mittelspersonen, die er zu General Primo de Rivera nach Tetuan gesandt hatte, bekanntgegeben worden sind. Diese Bedingungen lauten:

1. Abd el Krim erkennt die religiöse Souveränität des Sultans von Marokko, Mulay Youssef, oder seines regelrechten Nachfolgers an.

2. Frankreich und Spanien erkennen die Verwaltungsautonomie des Rifs an.

3. Die beiden Mächte werden dem Rif eine genügend starke Polizeitruppe bewilligen, um dort die Ruhe zu sichern. Frankreich wird beauftragt sein, die Cadres für diese Polizeitruppe beizustellen.

4. Die erweiterte Zone von Ceuta und Melilla würde Spanien in volles Eigentum übergeben werden. a) Die Zone von Ceuta würde folgende Grenzen haben: Nördlich die Straße von Gibraltar, westlich die Zone von Tanger, südlich die Straße von Tanger nach Tetuan, östlich das Mittelmeer vom Flusse Martin bis nach Ceuta. b) die Zone von Melilla würde folgende Grenzen haben: Im Westen den Fluß Kert, im Osten das östliche Ufer des Mar Tschica, im Süden eine Linie, innerhalb deren sich die Bergwerke befinden würden, die gegenwärtig ausgebeutet werden. Diese Bergwerke müßten in der spanischen Zone verbleiben.

5. Die Grenzen des autonomen Riffstaates wären die folgenden: Im Westen eine Linie, die sich östlich von der Eisenbahnlinie von Tanger nach Fez in einer Mindestentfernung von 20 Kilometern befinden würde. Im Süden könnte die Grenze durch den Werga und den Lokkusfluß gebildet werden. Diese beiden Flüsse könnten durch eine theoretische Linie, die noch zu bestimmen wäre, verbunden werden.

Schuhhaus Georg Kolibius
Krakauerstraße 27
empfiehlt insbesondere:
Sandalen — Turnschuhe.

Lokales.

Namslau, 6. August 1925.

= **Sportliches.** Am vergangenen Sonntage standen auf dem Preußen-Sportplatz in Böhmwitz 4 Mannschaften der Preußen ihren Gegnern im Kampfe gegenüber. Die 1. Knabenmannschaft besiegte die gleichwertige Elf der Sportfreunde Bernstadt mit 5 : 1 (2 : 0), während die 1. Jugend gegen Bernstadt für sich ein 4 : 1 (1 : 0) herausholen konnte. Der dann einsetzende Regen verzögerte den Beginn des Hauptspieles um 1/2 Stunde. Alsdann traten die 1. Mannschaft Sportfreunde Bernstadt und die Ligaelf des Preußen auf das Feld. Was hatte man nach den vorausgegangenen Spielen alles erwartet! Und alles ging dank dem Eingreifen des Unparteiischen so glatt vonstatten, daß zu Beschwerden kein Anlaß gegeben wurde. Beide Mannschaften verteidigten ihr Tor mit aller Kraft. Bernstadt kann trotzdem zuerst ein Tor schießen, welches von den Einheimischen aber bald wieder aufgeholt wurde. Mit 1 : 1 ging es in die Halbzeit. Nach Wiederbeginn sah man einen Kampf, der auf beiden Seiten mit ganzer Entschiedenheit geführt wurde. Bernstadt kann es jedoch nicht verhindern, daß es noch 3 weitere Tore aufgebürdet bekommt, während Preußens Tormann den Ball noch einmal passieren lassen muß. Bei einem Stande von 4 : 2 (1 : 1) trennten sich die Mannschaften. Anschließend fand noch ein Spiel der eingetroffenen Konstädter Knaben gegen die 2. Knabenmannschaft der Einheimischen statt. Ein Unentschieden trennte auch diese letzten Spielmannschaften. — Bedauernswert muß hier festgestellt werden, daß bei dem Spiel der 1. Jugendmannschaft vonseiten der Bernstädter Jugend manchmal derart grob gespielt worden ist, daß es für den Zuschauer ein wirklich nicht gutes Bild bot. Noch viel herabwürdigender für den Bernstädter Verein ist es jedoch, daß der Jugendleiter den spielenden Mannschaften zurief, sie sollen das Spiel abbrechen. Es war da eine Rempelei vorgekommen, bei welcher sich 2 Spieler gegenüberstanden und beide gleichviel Schuld an dem Streit waren. Aber da hat nicht der Herr Jugendleiter, sondern der Herr Schiedsrichter zu sprechen. Solche Jugendleiter werden es nie und nimmer fertig bringen, ihre unterstellten Mannschaften zu guten Spielern heranzuziehen. — — Unseren Mannschaften kann jedenfalls nur das Zeugnis bester Spielart jederzeit ausgestellt werden. — Am kommenden Sonntage treffen sich auf dem Platz in Böhmwitz die Preußenelf und die Ligamannschaft des Sport-Clubs Schlesien—Breslau. Letzterer spielt in der Oberliga-Klasse und da kann man ja gespannt sein, wie dieser Kampf ausfallen wird. Schlesien—Breslau wird natürlich alles daran setzen, seine Farben zu behaupten, aber dasselbe wird auch bei den Einheimischen der Fall sein. (Schlesien—Breslau war auch der Verein, der in der Endrunde um die Fußballmeisterschaft innerhalb des Südostdeutschen Fußballverbandes spielte.)

= **Invalidenversicherung.** Für die Selbstversicherung und für die freiwillige Weiterversicherung dürfen Beitragsmarken der niedrigsten (1.) Lohnklasse ab 1. August 1925 nicht mehr entrichtet werden. Alle freiwillig Versicherten haben also Marken der 2. oder einer höheren Lohnklasse, und zwar derjenigen Lohnklasse zu verwenden, die jeweils ihrem Einkommen entspricht. Die Verwendung von Beitragsmarken unzureichender Lohnklasse ist rechtsunwirksam und hat für den Versicherten unbedingt schwere Nachteile zur Folge.

= **(Eine neue Auszeichnung bei Goldenen Hochzeiten.)** Vom Preußischen Landeskirchenausschuß ist beschlossen worden, für die evangelischen Ehepaare, die die Goldene Hochzeit begehen, wieder eine Ehrenmedaille zu schaffen. Früher wurde diese Medaille bekanntlich vom Landesfürsten verliehen.

= **Niederschlagung von Darlehen an Ausgewiesene.** Der Reichsminister für die besetzten Gebiete gibt die Richtlinien für die Niederschlagung der an Ausgewiesene gewährten, nicht abgedeckten Darlehen und Vorschüsse auf Sach- und Personenschäden bekannt. Der Antrag auf Niederschlagung ist von den ehemals ausgewiesenen Reichs- und Länderbeamten und den ihnen gleichgestellten Personen bei der vorgesetzten Dienstbehörde, von den Kommunalbeamten bei der zuständigen örtlichen Fürsorgestelle des Roten Kreuzes schriftlich oder zu Protokoll zu stellen. Die genannten Stellen beschäftigen sich sodann mit dem Umfang der Niederschlagung, ferner mit der Frage der Entschädigungsansprüche gegen das Reich und leiten die Anträge an die Reichsentschädigungsstelle weiter. Eine Niederschlagung von Darlehen und Vorschüssen kommt in der Regel nur in Frage, wenn die Wiedereinziehung der Schuld nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen oder wenn sie die wirtschaftliche Existenz des Schuldners gefährden, oder ihn in schwere wirtschaftliche Not bringen würde, endlich, wenn die Wiedereinziehung der Schuld mit Maßnahmen verbunden sein würde, die in keinem Verhältnis zur Höhe der Schuld stehen. Auf verzinsliche Darlehen zur Wiederaufrichtung der Existenz finden die Bestimmungen keine Anwendung.

Letzte Nachrichten.

(Depeschen des „Namslauer Stadtblattes“.)

Das Bischofsjubiläum Dr. von Kepplers.

Rottenburg, 5. August. Unter großer Teilnahme aus dem ganzen Lande wurde heute in der festlich geschmückten Stadt das Jubiläum des Bischofs Dr. Paul Wilhelm von Keppler in Gegenwart der Kardinäle von München und Köln, zahlreicher Bischöfe, der württembergischen Minister Bolz und Beyerle, sowie vieler Vertreter des Adels, der Wissenschaft und der Kunst gefeiert. Vormittags fand eine feierliche Andacht im Dom statt, bei der der Jubilar die Festpredigt hielt. Nach der Rückkehr zum Bischofspalast empfing der Bischof die zur Gratulation Erschienenen. Nachmittags fand in Gegenwart von 500 Personen ein Festmahl statt, bei dem Kardinal Faulhaber, München, Erzbischof Fritz aus Freiburg und Kardinal Schulte Festansprachen hielten. Minister Bolz begrüßte den Bischof im Namen der württembergischen Regierung. Er schloß mit dem Wunsche, daß das mustergültige Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Württemberg bestehen bleibe. Der Bischof dankte dem Redner und schloß mit einem Segen für die Versammlung.

London, 5. August. **Im Oberhaus kündigte der Arbeitsminister die Errichtung von vier Unterrichtsanstalten an, in denen Arbeitslose in sechsmonatlichen Kursen in der Landwirtschaft und auf anderen geeigneten Gebieten ausgebildet werden sollen.**

Newyork, 5. August. **Der Korrespondent der Associated Preß in Kanton erhielt eine Nachricht, wonach das britische Konsulat in Wutschan geplündert wurde, unmittelbar nachdem die Weisung ergangen war, das Gebäude wegen der fremdenfeindlichen Agitation zu räumen.**

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 5. August 1925 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Ruhig. — Oelsaaten: Wenig gefragt. — Kartoffeln: Ruhig. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

mittl. Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	5.	4.	Oelsaaten:	5.	4.
Weizen ..	—,—	—,—	R. Winterraps	34,00	—,—
Roggen, alter	18,50	18,50	Leinsamen	38,00	—,—
Hafer	25,00	25,00	Senfsamen	55,00	—,—
Braugerste	—,—	—,—	Hanfsaat	28,00	—,—
Neue Mint.-Gt.	18,20	18,20	Mohn, blau	110,00	—,—

Speisekartoffeln rote und weiße 2,10 Mk.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 5. August 1925. Der Auftrieb betrug: 923 Rinder, 2395 Schweine, 1086 Kälber, 643 Schafe. Ueberstand vom vorigen Markte unverkauft: — Rinder, — Schweine, — Kälber, 66 Schafe. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht in Reichsmark:

	5. August	29. Juli
Rinder. Ochsen: vollf., ausgemäst.	57—61	53—56
vollfleisch., ausgem. 4—7 Jahre	48—56	45—52
jüngere, nicht ausgemäst., ältere, ausgemäst.	42—47	39—44
mäßig genährte jüngere, gut genährte ältere	35—40	32—38
Bullen: vollfleisch., ausgewachsene	59—63	58—62
vollfleischige jüngere	53—58	51—57
mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	47—52	44—50
Kalben und Kühe: vollf., ausgemäst. Kalben	58—62	54—58
vollf., ausgemäst. Kühe bis 7 Jahre	52—57	46—51
ältere ausgemäst., wenig entw. jüngere	43—51	37—45
mäßig genährte Kühe und Kalben	31—42	27—36
gering genährte Kühe und Kalben	23—30	20—25
Gering genährt. Jungv. (Fresser)	—	—
Kälber: Doppellender feinster Mast	—	—
feinste Mastkälber	—	—
mittlere Mast- und beste Saugkälber	70—75	63—68
ger. Mast- und gute Saugkälber	60—69	54—62
geringe Saugkälber	50—59	48—53
Schafe: Mastlämmer u. jüngere Masthammel	55—60	53—58
ältere Masthammel, ger. Mastlämmer	46—54	45—52
mäßig genährte Hammel und Schafe	33—45	30—44
Weidemastschafe: Mastlämmer	—	—
geringere Lämmer und Schafe	—	—
Schweine: Fettschweine über 150 kg Lbdgew.	89—90	83—84
vollfleisch. über 120—150 kg Lebendgewicht	87—88	81—82
vollfleisch. über 100—120 kg Lebendgewicht	84—86	79—80
vollfleisch. über 80—100 kg Lebendgewicht	80—83	76—78
vollfleischige bis 80 kg Lebendgewicht....	—	—
Sauen und geschnittene Eber	73—82	70—76

Geschäftsgang: Rinder, Schweine, Kälber glatt, Schafe mittel. Ausgesuchte Stücke über Notiz.

Die Spanne zwischen Stall- und Marktpreisen wird mitbedingt durch die notwendigen Händlerspesen für Fracht-, Markt-, Futter- und Versicherungs-Gebühren, Umsatzsteuer u. dgl., sowie den unvermeidlichen Gewichtsschwund vom Stall zum Markt.

Auszuhr nach Oberschlesien: 143 Rinder, 269 Schweine, 9 Kälber, 17 Schafe; nach Mittel- und Niederschlesien: 27 Rinder, 13 Schweine, — Kalb, 6 Schafe; nach Sachsen: 89 Rinder, 4 Schweine; nach Westdeutschland: 34 Rinder, — Schweine; nach Berlin: 7 Rinder.

Unverkauft nach anderen Plätzen: — Rinder.

Ueberstand verbleiben: — Rinder, — Schweine, 30 Schafe.

Jetzt nach der Saison

Strümpfe
Damen-Hemden
Nachthemden
Beinkleider
Prinzeßröcke
Untertaillen
Kunstseidene Schlüpfer
Hemdhosen
Unterkleider
sehr preiswert!

Sommer:
Mäntel, Kostüme, Kleider
Blusen, Blusenröcke,
Strickwesten
bis 1/3 des Preises herabgesetzt.

Tricot-Kinderschlüpfer mit verstärkt. Schritt . . von **0.75** an
Tricot-Damenschlüpfer mit verstärkt. Schritt . . von **1.25** an

Alma Strumpfner, Namslau
Ring, Ecke Andreas-Kirchstraße.

Ein kleines Opfer
an Mühe, Geld und Zeit bedeutet eine Kopfwäsche, die man in der denkbar einfachsten Weise zu Hause durchführen kann. Für nur 20 Pfennig kauft man ein Päckchen
„Schaumpon
mit dem schwarzen Kopf"
dessen Inhalt man genau nach Gebrauchsanweisung verwendet. „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf" ist ein mildes, unschädliches Reinigungsmittel für Kopfhaut und Haare; es erfüllt in hervorragender Weise alle Erfordernisse einer vernünftigen Haarpflege.
Herst.: Hans Schwarzkopf, Berlin.

Achten Sie beim Einkauf genau auf die altbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf"!

Suche für bald einen
kräftigen Burschen
der Lust hat,
Schweizer
zu lernen, nicht unter 17 Jahr alt. Zuschriften an
Oberschweizer Karl Reichert
in **Rostersdorf,** Station Raudten, Krs. Steinau (Oder).

Eine neue
Haferquetsche
billig zu verkaufen
geeignet für Göpel- u. Kraftantrieb bei
Walter Wistop, Dammer.

Für meinen Sohn,
17 Jahre alt, **suche ich leichte**
Beschäftigung in Kontor, Büro ꝛc.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Hiermit warne ich
Jeden, Möbel oder Brennholz etc. von meinem Manne zu kaufen, anderenfalls ich gerichtlich vorgehe.
Johanna Flack
Namslau.

Visitenkarten
fertigt an
Namslauer Druckerei-Gesellschaft.

Schlachthof.
Sonnabend, den 8. August 1925
Schweinefleischverkauf.

Ein jüngerer
Lauf- und Arbeitsbursche
14—15 Jahre alt
kann sich **sofort** melden.
Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.

Zu Düngezwecken
offerieren wir:
Stückkalk
gemahl. gebrannt. Kalk
gemahl. Kalkmergel
Netzkalkmergel
Kalkasche
waggonweise und ab Lager zu billigsten Tagespreisen.

S. Bielschowsky
Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H.

Die Frau in der blauen Jacke, blauen Schürze, schwarzen Rock und Handtasche, welche mein
Fahrrad
in dem
Groß-Marchwitzer Birkenwäldchen
Dienstag nachmittags von 3—4 Uhr
gefunden und selbiges nach Namslau geführt hat, wird ersucht, selbiges zurückzugeben.
Schröder, Förster, Gr. Marchwitz.

Suche lebensfähiges **Gemischtwarengeschäft** od. **Gasthaus** auf dem Lande zu **pachten, evtl. kaufen.** Pachtbedingungen bezw. Preisangabe an **R. Pusohmann Breslau X,** Binzenstr. 25.

Bekanntmachungen
wie:
Familienanzeigen
Geschäftsempfehlungen
Vergnügungsanzeigen
Heiratsanzeigen
Tieranzeigen
Wohnungsgesuche
Stellenangebote
überhaupt Anzeigen jeder Art finden **weiteste Verbreitung** und haben stets **besten Erfolg** durch das
„Namslauer Stadtblatt"
Namslau, Kirchstraße 18.

Ed. Seiler, G. m. b. H.
Pianofortefabrik (Liegnitz 1849)
Vertreter: Stadtkapellmstr. Grimm—Kreuzburg.

Probieren Sie bitte
die neue 4-Pfg.-Zigarette
Werdi-Parlament
zu haben im
Zigarren-Spezialhaus
Gustav Gaul
Fernruf Nr. 183. **Namslau.** Fernruf Nr. 183.

Zur Anfertigung
sämtlicher Buchbinderarbeiten
in moderner und sauberer Ausführung bei schnellster Lieferung
empfiehlt sich
Namslauer Druckerei-Gesellschaft
m. b. H.
Namslau, Andreas-Kirchstraße No. 18.